

Hallo Fürther Wasserbündnis und interessierte Nichtmitglieder,

„Niemand hat in Brüssel die Absicht, das Wasser zu privatisieren...“

Zu diesem wichtigen Thema möchte unser Bündnis auf eine Veranstaltung am Freitag, den 1. März, um 18:30 bei uns in Fürth hinweisen. Siehe Anlage.

Thomas Händel, MEP, ist selbst Mitglied im EU-Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO). Er will in seinem Vortrag über die neuesten Entwicklungen bei der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen berichten. Von ihm können wir auch Antworten aus erster Hand erhalten zu den vielen Fragen in Bezug auf die Auswirkung des IMCO-Beschlusses auf unsere Fürther Wasserversorgung. Deswegen rufen wir zum Besuch dieser Veranstaltung auf.

Unser Bündnis hatte schon letzte Woche auf einen möglichen Kompromiss des IMCO-Ausschusses zur Konzessionsvergabe für die Wasserversorgung und auf ein Interview mit Michel Barnier aufmerksam gemacht. Ein solcher Kompromiss könnte bestimmte kommunale Versorgungsunternehmen von der europaweiten Ausschreibung befreien. Diese Aussagen müssen aber noch genau geprüft werden.

Trotz eines möglichen EU-Kompromisses verlangt unser Wasserbündnis weiterhin die Überführung unserer Trinkwasserversorgung in einen öffentlich rechtlichen Eigenbetrieb. Das ist die sichere Lösung für unser Gemeinwohl und der Schutz davor, dass unser Wasser in die Hände von Investoren fällt, deren vorrangiges Interesse der Profit ist. Das Fürther Wasserbündnis teilt die Ansicht von Herrn Parteimüller nicht, dass Verordnungen immer geändert werden können. Wir begrüßen daher, dass Oberbürgermeister Thomas Jung die vollständige Rekommunalisierung der Trinkwassersparte bei der infra fürth gmbh prüfen lässt. Im Erfolgsfall werden Gewinne, die bislang an die Eon bezahlt werden müssen, an die infra fürth gmbh bzw. an unsere Stadt fließen. Außerdem sind dem Einfallsreichtum der Verantwortlichen zur Kostenbegrenzung der Wasserrekommunalisierung keine Grenzen gesetzt. Das Fürther Wasserbündnis ist zusammen mit den meisten Menschen in Fürth davon überzeugt, dass Wasserversorgung und Entsorgung in öffentliche Kontrolle gehören.

Peter A. Lefrank und Günther Zeuner